



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Spina: Der neue tschechische Kurs

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Der neue tschechische Kurs

Von Professor Dr. Spina



er Absolutismus des Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh hat auf den Tschechen in den beiden ersten Kriegsjahren besonders schwer gelastet: aus den bekanntesten schwerwiegenden Gründen der Kriegs- und Staatsraison stand das politisch und national regsamste österreichische Volk bis zum Beginn des Jahres 1917 unter einem jede öffentliche politische Betätigung niederhaltenden schweren Druck. Seine Politik war in dieser Zeit durch den Absolutismus und durch die zeitweilige Ausschaltung des Panlawismus infolge der Niederwerfung Rußlands und Serbiens passiv geworden. Revision der österreichischen (cisleithanischen) Verfassung bei Wahrung des Dualismus war 1915 und 1916 ihr höchstes Ziel, also ein opportunistischer, austroslawischer Standpunkt mit Vermeidung einer stark betonten staatsrechtlichen Tendenz. Noch im Mai 1917 hatte die parlamentarische Kommission des tschechischen Abgeordnetenverbandes ursprünglich eine staatsrechtliche Deklaration sanktioniert, die in einer Revision der österreichischen Verfassung ausklang.

Die Neubelebung der tschechischen Politik ging in drei Etappen vor sich: im Mai 1917 im Aufruf des Rates der tschechischen Schriftsteller an die Abgeordneten, die Ende Mai den wiedererstandenen Reichsrat beziehen sollten; in der staatsrechtlichen Deklaration der Abgeordneten aller Parteien in der ersten Sitzung des Reichsrates am 30. Mai 1917; in dem „Generallandtag“ der tschechischen Abgeordneten von Böhmen, Mähren und Schlesien vom 6. Jänner 1918, der bekannten Dreikönigsdeklaration, die am 13. April 1918 durch den „Schwur von Prag“ neu bekräftigt wurde: Solidarität der tschechischen Parteien auf der Grundlage des souveränen tschechischen Staates und Solidarität der Tschechen mit den Südslawen.

Das erregende Moment, das die tschechische Politik aus ihrer Stagnation in das neue Jahrwasser des extremsten Radikalismus drängte, war der Aufruf der tschechischen Schriftsteller, eine politische Tat von gewichtigsten Folgen.

Durch ihn hat ein berufsmäßig nicht politischer Kreis die Führung der Politik in die Hand genommen oder ihr wenigstens die Richtung nach einem Ziele von bisher nie angestrebter Höhe bestimmt. Stärker als es real denkende Berufspolitiker vermocht hätten, haben hier die Idealisten und Theoretiker durch eine Steigerung ins Uferlose die national wie politisch großartig disziplinierten und stets leicht entzündlichen breiten Schichten gewonnen. Die „aktivistische“ Politik, die auf ein positives Verhältnis zur Monarchie aufbaute (der Sozialistenführer Dr. Sméral, der Jungtscheche Dr. Tobolka und sein Kreis) wurde in den Hintergrund gedrängt. Ein staatsrechtlicher Ton von bisher unerreichter Schärfe, die

Forderung eines aus dem Rahmen der Monarchie losgelösten souveränen Staates als Frucht der Demokratisierung Europas durch den Weltkrieg wurde erst durch den Aufruf der Schriftsteller heraufgeführt, der nachdrücklich die Wirksamkeit des Abgeordnetenverbandes bestimmt hat. Aufhebung aller hemmenden Fesseln des Absolutismus, allgemeine Amnestie und sofortige Ergänzungswahlen für den Reichsrat sind die engeren Forderungen dieses an das Forum von ganz Europa und der Übersee ausdrücklich appellierenden Aufrufes. Die tschechische Frage (die im Gegensatz zur polnischen und südslawischen eine rein innerösterreichische, durchaus keine europäische ist), soll als ein Teil der Weltpolitik erscheinen, durch den Aufruf wird für die Weltfriedenskonferenz der Anteil der Tschechen an der „Welternte der französischen Revolution“ angemeldet. Unbeirrt durch die innere und äußere Politik Österreichs, unbeirrt durch die Kriegslage soll die tschechische Politik im engen Bunde mit Polen und Slowenen den Weg zum eigenen Staate gehen.

Die unmittelbaren Früchte dieses Aufrufes sind die beiden Deklarationen der Abgeordneten. Die erste vom 30. Mai 1917 verlangt: Aufhebung des Dualismus, Umgestaltung der habsburg-lothringischen Monarchie in einen Bundesstaat von freien und gleichberechtigten Nationalstaaten, sowie Verbindung aller Zweige des tschechischen Volkes mit Einschluß der ungarischen Slowaken zu einem demokratischen tschechischen Staate.

Zwei Prinzipien müssen zur Begründung dieser Forderung dienen: in erster Reihe das Nationalitätenprinzip, das Halbwort vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, das die Entente sichtbar von den Slawen übernommen hat — es findet sich schon in Bakunins „Aufruf an die Slawen“ aus den vierziger Jahren und öfter in tschechischen Proklamationen, so im staatsrechtlichen Memorandum vom 8. Dezember 1870\*). In zweiter Reihe erst und als Verstärkung des Naturrechtes tritt in der Maideklaration die Berufung auf die „unverzichtbaren, durch Staatsakte voll anerkannten historischen Rechte“ auf — also eine absonderliche Mischung moderner und antiquiert historischer Prinzipien. Wie meisterhaft die beiden logisch nicht immer vereinbaren Prinzipien verquickt werden, um den letzten Zielen dieser Deklaration zu dienen — zur Gewinnung der Sozialdemokraten, zum Anspruch auf die Slowaken und zur machiavellistischen Begründung der Herrschaft über die Sudetendeutschen muß bald das eine bald das andere herhalten — und warum das hohe Palladium der tschechischen Politik, das historische Staatsrecht, in dieser Deklaration vor der naturrechtlichen Selbstbestimmung zurücktreten muß, das zeigt in eindringlich dialektischer Schärfe die sehr beachtenswerte Schrift von Dr. L. C. „Gedanken zum böhmischen Staat“, Prag 1918, aus der Sammlung: Flugchriften der deutschen Fortschrittspartei in Böhmen.

Die Dreikönigsdeklaration, die vorzugsweise nach Vitauisch-Brest gerichtet war, wo Graf Czernin am 22. Dezember 1917 zu verhandeln begonnen hatte, hat die Idee des Bundesstaates gleichberechtigter und freier Nationalstaaten im Rahmen der Monarchie und das Interesse der Dynastie, das in der Maideklaration noch bekräftigt worden war, völlig fallen gelassen. Mit scharfer Spitze gegen Czernins Absicht, die nationale Selbstbestimmung in jedem Staate auf verfassungsmäßigem Wege zu regeln, verlangt diese Deklaration im Bunde mit „allen Demokratien der Welt“ und mit neuerlicher erhöhter Berufung auf das vom „neuen Rußland“ aufgestellte Prinzip der absoluten Selbstbestimmung einen nach außen wie nach innen selbständigen, souveränen, demokratischen, tschechischen Staat in den historischen Grenzen der Länder und Sitze des Volkes und seines slowakischen Zweiges. Die Loslösung von der Monarchie ist expressis verbis in der Deklaration nicht enthalten, aber Presse wie Politiker behandeln die Frage übereinstimmend nur auf der Grundlage vollster, also eindeutiger Souveränität. In der

\*) Vgl. zur Kritik dieses Begriffes S. Cunow, Marx und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, die „Neue Zeit“, 36. Jahrg. S. 577 ff., und Ludw. Spiegel, „Die Verfassungsfrage in Österreich“, Schmollers Jahrb., Bd. 42, 1; 1918 S. 211 ff.

fortschreitenden Diskussion in der Presse werden die Grenzen des neuen Staates immer weiter gezogen und das Volk durch den Zuwachs der Slowaken zu einem Zehnmillionenvolk hinaufgeschraubt. Selbstbestimmung und Staatsrecht, kühnste Ausnutzung und Vermengung ethnographischer und geographischer Momente müssen die Rechtstitel für immer maßlosere Ansprüche schaffen: nicht nur ungarisches Staatsgebiet wird beansprucht, sondern auch Galiz und die Lausitz — Preussisch-Schlesien bleibt, um den neuen Staat nicht mit einer deutschen Mehrheit zu belasten, aus dem Spiele! —, eine geographische Verbindung mit dem zu schaffenden südslawischen Staate wird verlangt und ganz ernstlich die Neutralisierung der Elbe und Hamburg als internationaler Hafen. Die erwähnte Schrift von L. E., die auch die Unverträglichkeit der bundesstaatlichen Gestaltung Osterreichs mit der Forderung nach Souveränität gründlich und scharf klarlegt, zeigt uns, daß in diesem Staate gegen 62,5 Prozent Tschechen 37,5 Andersnationale (Deutsche, Polen) stehen, ja, wenn das Slowakengebiet hereingezogen wird, gar 59 Prozent Tschechen gegen 41 Prozent Deutsche, Polen und Magyaren. Die ständige Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht hindert also die Tschechen nicht, dieses gegen andere Völker auf das Größlichste zu verletzen. Ausdrücklich wird den Deutschen der Sudetenländer, die nur Kolonisten seien und weder geographisch noch wirtschaftlich oder politisch ein Ganzes bilden, die Selbstbestimmung abgesprochen.

So stellt sich die Dreikönigsdeklaration als Ausfluß eines politischen Maximalismus hin, dessen Verwirklichung nur bei einem katastrophalen Kriegsausgang oder bei völligem inneren Zusammenbruch der Monarchie möglich wäre. In den Ideen dieser Deklaration ist heute die Volksmehrheit vereinigt, auf ihrem Boden stehen auch Parteien, die in der staatsrechtlichen Einheitspartei nicht aufgegangen sind.

Ausgangspunkt dieses Maximalismus ist der Aufruf der Schriftsteller. Dieser wieder hat seine Keimzelle in der politischen Wochenschrift „Národ“ (Die Nation), die im März 1917 an Stelle der mit Kriegsbeginn eingestellten Revue „Přehled“ (Überblick) zu erscheinen begann. Der Kreis des „Národ“, ursprünglich eine freie Vereinigung von Schriftstellern aus verschiedenen politischen Lagern zum Zwecke der Gegenwirkung gegen den Stürgkischen Absolutismus und die austroslawische „aktivistische“ Politik, hat sich nach und nach zu einer festen organischen Körperschaft entwickelt, die die Vereinigung der tschechischen politischen Parteien zu einer Einheitspartei und eine Wiederbelebung der Politik im staatsrechtlichen Radikalismus zur Grundforderung ihres Programms gemacht hat. Der Kreis des „Národ“ hat, fußend auf den Beratungen der tschechischen Parteien im mährischen Badeort Lubatschowitz (1917) den folgenschweren Aufruf der Schriftsteller vorbereitet, er ist also der eigentliche Begründer der neuen politischen Ära der Tschechen. Ihm gelang die Konzentration der Parteien und der Volksmehrheit in der neuen staatsrechtlich demokratischen Partei des Dr. Kramár, die sich als solche am 10. Februar 1918 konstituiert hat und die in sich umfaßt: ehemalige Jungtschechen, Realisten (Masarykpartei), radikale Staatsrechtler und Fortschrittler und Mitglieder der mährischen fortschrittlichen Volkspartei (Gruppe des Abg. Dr. Stránský). Es ist bezeichnend und für eine kommende politische Entwicklung wichtig, daß gerade hervorragende Mitglieder einzelner Parteien heute noch außerhalb der Einheitspartei stehen, auch nähere Freunde Kramárs selbst. Auch der Organisator der Lubatschowitz-Beratungen, der Nationalsozialist Křofác, ist ihr nicht beigetreten. Mit allem Terrorismus hält die Einheitspartei die politischen Äußerungen der Außenstehenden, besonders der dissidenten Aktivisten von austroslawischer Tendenz nieder.

Diese Wiederbelebung der tschechischen Politik bedeutet eine extreme Radikalisierung. Sie äußert sich zunächst — neben dem Rücktritt des Mitttschechen Dr. Mattus von der Leitung des Nationalrates —, in der Radikalisierung der größten tschechischen Tageszeitung „Národní listy“ (Volkshblatt), des Hauptorgans der ehemaligen jungtschechischen Partei und der unentwegten Vertreterin der pan-

slawistisch-russophilen, gegen das Bündnis mit Deutschland gerichteten Politik des Dr. Kramár in der Vorkriegszeit. Dieses führende Blatt hatte 1915/16, geleitet von dem Aktivisten Tobolka unter dem Einfluß des Absolutismus und der im Mai 1915 günstig gewordenen Kriegslage gegen Rußland eine mehr transigente austroslawische Haltung angenommen. Eine Frucht dieser Haltung ist auch das bekannte, in Deutschland und Österreich in usum Delphini massenhaft verbreitete Sammelwerk des Abgeordneten Dr. Tobolka „Das böhmische Volk. Wohngebiete, körperliche Tüchtigkeit, geistige und materielle Kultur“ (Prag, 1916), das mit stark austroslawischem Akzent die Tschechen als ein Volk mit mitteleuropäisch-deutscher Kultur tendenz hinstellt, also eine Absage an den politischen Panlawismus bedeutet. Kenner der Verhältnisse hielten diese Abkehr vom bündnisfeindlichen Radikalismus nicht für echt, zum mindesten nicht für die Meinung der Mehrheit. Der Umschlag trat tatsächlich sofort ein, als der Amnestie-Erlaß dem wegen Hochverrates verurteilten Dr. Kramár die Zügel der tschechischen Politik in die Hände drückte: die gemäßigte Tobolka-Gruppe wurde von der Leitung der „Národní listy“ entfernt und das Blatt unter der Leitung des Kreises des „Národ“ völlig zur Tribüne der Kramárschen Politik gemacht, des extremen staatsrechtlich-demokratischen Radikalismus der Dreikönigsdeklaration.

Heute bildet der „Národ“ mit dem „Národní listy“ und mit der Monatschrift „Česká revue“, von deren Leitung Tobolka ebenfalls entfernt wurde, dann mit der Frauenzeitschrift „Ženský svět“ (Frauenwelt) und einer Reihe von Provinzblättern einen Konzern von Blättern radikalster staatsrechtlich-demokratischer Observanz. Durch das Aufgehen der selbständigen Parteien in der Einheitspartei hat der Konzern in seinen führenden Mitarbeitern die heterogensten, vor nicht langer Zeit einander noch feindlichen Elemente vereinigt. Die geistigen Leiter dieses Konzerns sind Dr. Kramár und der Dichter Viktor Dyk, ein Vertreter des bedingungslosen staatsrechtlichen Radikalismus.

Heute beherrscht diese Zeitungsgruppe durch ihre sehr energische Agitation, die schon den kommenden Reichstagswahlen gilt, und durch ihren Terrorismus gegen die Vertreter des politisch Erreichbaren die öffentliche Meinung der Volksmehrheit — die Steigerung des politischen Ideals von der Maideklaration 1917 zum hemmungslosen, die Monarchie sprengenden Imperialismus der Dreikönigsdeklaration ist vorzugsweise ihrem Einfluß zuzuschreiben.

Unter dem Einfluß des Konzerns steht fast die gesamte tschechische Presse. Die staatsrechtlich-demokratische Idee ist richtunggebend für die Agrarier (Hauptblatt „Venkov“), deren linker Flügel, die Gruppe des gewesenen Ministers Präsef, vollständig im staatsrechtlichen Radikalismus aufgegangen ist — (der Führer der gemäßigten tschechischen Agrarier Mastalka ist Aktivist). Unter dem Einfluß des Konzerns stand bis vor kurzem die autonomistisch-separatistische Gruppe der tschechischen Sozialdemokratie (Gruppe Modráček, Habermann) mit den Blättern „Nová Doba“ (Neue Zeit), „Socialistické listy“ (Soz. Blätter), „Mladý Socialista“ (Der junge Sozialist), „Omladina“ (Jugend) u. a. In engster Verbindung mit dem Konzern steht das aus der ehemaligen staatsrechtlich-radikalen „Samostatnost“ (Selbständigkeit) hervorgegangene Wochenblatt „Neodvislost“ (Unabhängigkeit), dann die ehemals parteilose „Národní politika“ (Volkspolitik), die meistverbreitete tschechische Zeitung, das Blatt des kleinen Mannes, und der größte Teil der Provinzpresse — der jüngst gegründete „Vychol“ in Pardubitz ist der ostböhmische Ableger des Konzerns. Auch der „Rozhled“ (Umschau), das Propagandablatt der starken tschechisch-jüdischen Assimilationbewegung, muß hier genannt werden.

Neben den Tagesblättern des Konzerns wirkt in seinem Sinne, doch radikaler und offener in der Aufdeckung der letzten Ziele des souveränen Staates, eine Flut von Revuen und Zeitschriften, die zum größten Teil im letzten Halbjahr entstanden sind. Unter den älteren Revuen steht die von Masaryk, dem Begründer der staatsrechtfeindlichen Realistenpartei, dem ehemaligen austro-slawischen Realpolitiker und nunmehrigen Ententeagenten, gegründete sehr seriöse Monatschrift „Kafe Doba“ (Unsere Zeit) völlig im Dienste von Kramárs staatsrechtlicher Demo-

tratie; ebenso unter den Zeitschriften der Tschechen evangelischen Bekenntnisses besonders der „Kalich“, der im Banne der staatsrechtlichen Idee die Abkehr der tschechischen Protestanten von der deutschen Reformationsidee und die Zuwendung zum alnationalen böhmischen Brudertum, die Vereinigung der tschechischen evangelischen Bekenntnisse in eine Einheitskirche und die Befreiung von der evangelischen Wiener Zentrale propagiert.

Zu diesen Zeitschriften gesellt sich eine erstaunlich große Reihe von Neugründungen, die alle, meist gut geleitet, die Idee des souveränen Staates als Ganzes oder Teilprobleme propagieren: „Mírový list“ (Friedensblatt), „Nové Čechy“ (Das neue Böhmen), „Nový Běh“ (Die neue Zeit), die Studentenzeitschrift „Mladá Generace“ (Die junge Generation), selbst der vorzugsweise ästhetischen Interessen gewidmete „Kmen“ (Stamm) u. a. m. Währischen Verhältnissen ist gewidmet die Revue „Moravsko-slezský Sborník“.

Abseits von der Einflußsphäre des Národní-Dělný-Konzerns und im Gegensatz zu Kramárs Einheitspartei, doch völlig auf dem Boden des souveränen tschechischen Staates steht die unlängst gegründete „Česká stráž“ (Tschechische Wacht), herausgegeben von einer wegen abweichender Ansichten in der Judenfrage im Konzern nicht aufgegangenen Gruppe ehemaliger Masarykscher Realisten. Diese Gruppe hat sich in den letzten Wochen mit der national-sozialistischen Kofác-Partei vereinigt, die als „Tschechische Sozialistenpartei“ zum Ersatz für das eingestellte Parteiblatt „České slovo“ die Blätter „Pondělník“ (Montagsblatt) und „Česky Socialista“ (Der tschechische Sozialist) gegründet hat.

Auf austro-slavischem Standpunkt und damit auf dem Boden des alten föderalistischen Staatsrechtes stehen die Reste der alttschechischen Presse: „Hlas Národa“ (Volkstimme) und die klerikalen Blätter „Čech“ (Der Tscheche), „Nasinec“ (Landsmann), „Hlas“ (Die Stimme), „Selské Hlas“ (Bäuerliche Stimmen) u. a. Die Domäne des tschechischen Klerikalismus ist bekanntlich Währen (Führer: Abgeordneter Dr. Šrubaň). Der niedere Klerus zeigt freilich starke staatsrechtlich-demokratische Neigungen. Neuerdings haben auch die „Aktivistin“ eine Wochen-schrift gegründet: „Česká Svoboda“ (Tschechische Freiheit).

Geradezu in eine kritische Lage geriet durch die staatsrechtlich-nationalistische Woge die tschechische Sozialdemokratie, Tagesblatt „Právo lidu“ (Volkrecht) und die Revue „Akademie“. Auf diese Partei, die 1913 in der Resolution des Führers Dr. Smékal die Erfüllung der staatsrechtlichen Wünsche für das größte Unglück des tschechischen Volkes erklärte, hat stärker als auf die Internationale anderer Völker die nationale Idee abgefärbt. Dem tschechischen Sozialdemokraten stand seit jeher der nationale tschechische Bourgeois näher als jeder nichttschechische Proletarier. Bis ungefähr 1910 war die tschechische Sozialdemokratie, besonders die gewerkschaftlichen Organisationen, mit den deutschen, polnischen und den anderen österreichischen in einer Zentralorganisation vereinigt. Nach dieser Zeit beginnt die Gründung tschechisch-nationaler Gewerkschaften. Bereits 1911 war die Entwicklung soweit, daß ein Teil der in den Reichsrat gewählten tschechischen Sozialdemokraten den zentralistischen Standpunkt aufgegeben und eine unabhängige tschechische Sozialistengruppe gebildet hat.

Durch die neue staatsrechtliche Bewegung ist der Kampf zwischen tschechischen Zentralisten und Autonomisten noch verschärft worden: die autonomistische Gruppe, die auch gegen den kollektivistischen Sozialismus zugunsten des genossenschaftlichen eintritt, die also marxistische Theorien gegen solche des französischen und englischen Sozialismus eintauscht, ist als „radikalsozialistische“ Richtung völlig der bürgerlich-staatsrechtlichen Ideologie beigetreten. Innerhalb der Partei schien vor kurzem die zentralistische Gruppe an Boden gewonnen zu haben. Unlängst ist aber die autonomistische Gruppe, die schon seit längerer Zeit ein mechanisches Zusammenfließen mit der Kofác-Partei verlangt hat, mit dieser eine Fusion eingegangen, obwohl diese Partei radikalnationalistisch ist und den Marxismus wegen seines deutschen Ursprunges verwarf. Die Spitze dieser Fusion geht ausdrücklich gegen die als „kapitalistische Demokratie“ aufgefaßte Einheitspartei des Dr. Kramár

Die Einheitspartei einerseits, die Gruppenbildung Kofác andererseits sind die beiden gegenwärtig deutlich sichtbaren Kristallisationspunkte des tschechischen Parteilebens.

Die zentralistischen Sozialdemokraten haben sich gegen Fusionen mit nationalistischen bürgerlichen Parteien in der richtigen Einsicht gewehrt, daß bei aller Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes und der daraus ersließenden tschechischen Forderungen die tschechische Sozialdemokratie sich nur unter Preisgabe sehr prinzipieller Parteipflichten vor den Wagen des bürgerlichen nationalen Imperialismus spannen lassen kann.

Der herrschende Konzern der „Národní Dvůry“ baut systematisch eine auf das Volksganze in allen Schichten gehende Organisation der staatsrechtlichen Demokratie aus und bereitet den souveränen Staat durch Erörterung aller seiner Grundlagen vor. Geschichte, Staatsrecht, Wirtschaft und Autarkie, soziale, nationale und finanzielle Verhältnisse, die Minderheitenfrage, die Aufteilung von Grund und Boden und andere Probleme werden allzu hastig, um einwandfrei zu sein, und einzig vom völkisch-imperialistischen Standpunkt behandelt. Konsequenter werden alle Vorteile ausgenutzt, die den Tschechen durch den Besitz der „inneren“ geographischen Linie und durch ihre kompakte Siedlung gegen die deutsche Rand-sässigkeit und Zersplitterung erwachsen. Eine eindeutige Präzision der den Deutschen im künftigen tschechischen Staate zu gewährenden politischen Rechte wird nirgends gegeben.

Die letzten Ziele dieser Politik sind sehr realpolitisch erfasst. Schon der in der Maidelklaration geforderte Bundesstaat von österreichischen Völkern, diese minimalistische, den Einheitsstaat in ein Kleinstaatengefüge auflösende Forderung, ist bestimmt, den Plan eines wirtschaftlichen und politischen Mitteleuropa zunichte zu machen. Getrieben von einer panischen Angst vor der mitteleuropäischen Idee, die auch die Prager Handelskammer zur schärfsten Abweisung jeder Zollunion mit Deutschland führte, erstrebt die staatsrechtlich-demokratische Politik die Lahmlegung des sudetenländischen Deutschtums und des mitteleuropäischen überhaupt, Schaffung eines selbständigen tschechischen und eines südslawischen Staates als Querriegel, die die wirtschaftliche deutsche Ausdehnung nach dem Balkan und den Weg zur Adria absperren sollen. Das sind Probleme, die nur gegen den erbittertsten deutschen und magyarischen Widerstand zu verwirklichen sind. Diese Ziele werden gar nicht bestritten und sind nicht neu, wie die Verhandlungen der neoslawischen Konferenzen und die Verbindung mit dem französischen und englischen Geldmarkt gezeigt haben. Die Tschechen, auch wirtschaftlich das selbständigste und fortgeschrittenste slawische Volk, waren zur Zeit des Neoslawismus (Projekt der slawischen Bank) die treibende Kraft der Expansion des slawischen Kapitals. Das tschechische Geld- und Wirtschaftswesen, das heute völlig auf eigenen Füßen steht, national organisiert ist (Verbände der tschechischen Banken, Versicherungsgesellschaften und der Industrie) und durch den Krieg eine ungeheure Stärkung erfahren hat, wird auch nach dem Kriege Organisator und Führer der übrigen Slawen sein — der kulturelle und politische Panlawismus des neunzehnten Jahrhunderts wird durch den wirtschaftlichen des zwanzigsten Jahrhunderts nachhaltig ergänzt werden.

Der neue politische Kurs hat auch eine ganz neue kulturelle Denkrichtung gezeitigt: völlige Abkehr von allen deutschen Beziehungen. Radikaler als aus den Tageszeitungen lönt, angewendet auf die verschiedensten Wissenschaftsgebiete, aus den staatsrechtlichen Revuen die Idee der vollständigen Separation von der deutsch-tschechischen kulturellen Wechselseitigkeit entgegen. Hier liegt ein sehr bedauerlicher, die realen Grundlagen der tschechischen Existenz absichtlich mißachtender Rückfall in jenen nationalistischen Romantismus vor, der bis in die achtziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts die innere Entwicklung des Tschechentums gelähmt hat. Böhmen, Germaniens „Herzland“, das durch die Uratsachen der Natur unentrinnbar an Mitteleuropa gekettet ist, hat stets in den deutschen Kulturkreis gehört. Die Entwicklung des geographisch und ethnographisch exponiertesten, zur

Symbiose mit dem deutschen Element unabwendbar vom Völkerschicksal bestimmten slawischen Volkes ist geradezu ein Schulbeispiel für die zwingende Macht der Geographie. Es sei (mit Verweisung auf die Ausführungen über das tschechische Problem in der „Deutschen Arbeit“, November/Dezember 1917) nur auf ein Moment verwiesen: der soziale Aufbau, die Klassengliederung des tschechischen Volkes ist eine ganz andere als die polnische oder russische, sie ist identisch mit der deutschen. Als in den achtziger Jahren der neue Geist auch in die tschechische Wissenschaft einzog, die 1886 sich heroisch gegen die Wut der auch damals führenden „Národní listy“ und der Volksmehrheit von dem Bahn der gefälschten Hand-schriften befreit hat, da ging sie auch der Aufdeckung der deutschen Kultureinflüsse nicht aus dem Wege, es schien auch die Politik eine Zeitlang der realen, nie lösbaren räumlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Verbundenheit mit dem deutschen Wesen Rechnung tragen zu wollen. Heute verlieren auch sehr ruhig denkende Männer der Wissenschaft die Tatsächlichkeit unter den Füßen, wenn sie die fast durch ein Jahrtausend wirksamen Verhältnisse abschwächen oder leugnen. Und doch können die in den jetzigen Tagen mit solcher Ostentation in den Vordergrund gerückten kulturellen Beziehungen zum lateinischen Westen weder an Dauer und Intenfität, noch an Wert und Unmittelbarkeit sich mit den deutschen messen. Dem Deutschtum der Sudetenländer wird in der staatsrechtlichen Presse nicht nur die politische Selbstbestimmung, sondern auch jede kulturelle Wertigkeit abgesprochen. Die politischen und die kulturell-wissenschaftlichen Gedankengänge verlieren sich immer mehr in eine irrealer Phantasiwelt, ja direkt in mystisch-messianistische Verzückungen, wenn sie, wie es jetzt üblich geworden ist, von dem tschechischen Volke als dem „auserwählten Volke, dem Volke Gottes“ sprechen.

Die Konzentration der Parteien in Kramárs Einheitspartei ist eine Zweckgründung, die solange dauern wird, bis die politischen Ideale erfüllt oder an der Wirklichkeit zerschellt sein werden. Wahrscheinlich aber wird die Differenzierung schon früher eintreten, da die gewaltigen wirtschaftlichen, sozialen und nationalpolitischen Aufgaben der Nachkriegszeit der Parteienbildung ganz andere Wege weisen werden als die heutige Zeit leidenschaftlicher Umwälzungsversuche. Die Anziehungskraft der Einheitspartei scheint bereits eine Grenze gefunden zu haben, schon zeigen sich markante Konturen künftiger Parteibildungen. Gegen den bürgerlich-nationalistischen Radikalismus hat sich die neue tschechische Sozialistenpartei erhoben, in der die nationalsoziale Kłosácpartei sich mit dem oppositionellen Flügel der Sozialdemokraten, den Anarchisten und Kommunisten und den in der Einheitspartei nicht vertretenen Realisten vereinigt hat. Diese neue sozialistische Partei steht auf dem Boden der vollsten staatlichen Souveränität des tschecho-slowakischen Volkes, hat aber, soviel man sehen kann, den bisher von der Kłosácpartei abgelehnten Klassenkampf des marxistischen Sozialismus in ihr Programm aufgenommen. Nimmt die neue Partei, der das Kapital einer ungeheuren Popularität der ehemaligen Kłosácpartei sehr zugute kommen wird, die 80 Prozent tschechischer Proletarier, die das Parteiorgan „Cesky Socialista“ gegen 20 Prozent „Kapitalisten“ annimmt, für sich in Anspruch, so bedeutet das für Kramárs Einheitspartei in absehbarer Zeit die härtesten Kämpfe um den Mittelstand, der bisher gerade die jungtschechischen Reihen gefüllt hatte. Ob wohl die staatsrechtliche Demokratie so konsequent demokratisch sein wird, das allgemeine gleiche Gemeinewahlrecht für Männer und Frauen einzuführen?

Eine weitere Bedrohung wird vom austrophilen Aktivismus der in die Partei nicht eingetretenen Politiker herkommen. Vor kurzem wurde über den bevorstehenden Beitritt aktivistischer Abgeordneter zur neuen Kłosácpartei berichtet. Einerseits dürfte der im Kriege zu großem Reichtum gelangte bäuerliche Kern des Volkes aus materiellen Gründen für die letzten Konsequenzen der Katastrophopolitik nicht zu haben sein, andererseits kann die naturgemäße Ernüchterung nach dem jetzigen Höhenrausch einzig einer austro-slawischen Realpolitik zugute kommen.

Eine tiefe Kluft trennt ferner die Einheitspartei vom einflussreichen Konservatismus und Merkantilismus in der Auffassung des Verhältnisses vom Staate.

Die Kundgebung der tschechischen Pairs im Herrenhause (4. Mai 1918) und die Stimme des Bischofs von Königgrätz, Dr. Doubrava, in der „Reichspost“ zeigen trotz mancher Unausgeglichenheit diesen Gegensatz sehr deutlich. Es zeigt sich, daß die heute im Hintergrund stehenden austro-slawischen Elemente, zu denen auch einige wenige Ausläufer der höchsten tschechischen Intelligenzschicht gehören, die zweite Garnitur bilden, die zur Übernahme der politischen Führung bereitsteht, wenn die staatsrechtlich-demokratische Garnitur abgekämpft sein wird. Ob schließlich der sich immer mehr überspizierende Radikalismus auf die Dauer auf die Gefolgschaft der politisch sehr kühl rechnenden Polen wird bauen können, ist zweifelhaft. Polen und Tschechen, deren inneres Verhältnis trotz aller Verbrüderungsversuche des Panlawismus immer kühl war, scheidet, wie jüngst eine hitzige Polemik gezeigt hat, trotz der Übereinstimmungen der beiderseitigen radikalen Gruppen, stark die Frage Ostschlesiens, auf das beide Anspruch erheben, und das seinerzeitige Verhältnis der Tschechen zum zaristischen Rußland.

Wie alle Maßlosigkeit wird auch der Radikalismus der tschechisch-staatsrechtlichen Demokratie an sich selbst zerschellen. Er hat, indem er die tschechische Frage als Kampfmittel gegen die Monarchie verwendet, die Erfüllung des Kriegszieles der Entente zur notwendigen Voraussetzung der Verwirklichung seiner Pläne gemacht. Andererseits ist an der tschechischen Politik, die mit naturgegebenen, kleinräumigen Verhältnissen zu rechnen gewohnt ist, eine sehr wichtige Kriegslehre vorbeigegangen: daß in der kommenden Epoche der Menschheitsgeschichte auch Großstaaten im alten Sinne keine selbständige Wirkung mehr üben werden, geschweige denn Staaten von Sechso- oder selbst Zehnmillionenvölkern, sondern einzig größere und größte Gruppen. Es scheint sich in unseren Tagen die Tragik der tschechischen Geschichte zu wiederholen, daß ein begabtes und in seiner materiellen wie geistigen Arbeit rüstig aufstrebendes, aber seine Bedeutung wie seine Ziele maßlos überhebendes Volk an dem Gegensatz zwischen Tatsächlichkeit und Wollen zu scheitern droht.



## Ein Blick auf Finnland

Von Hauptmann Ernst Liljedahl, Mitglied des schwedischen Reichstages



ie bei der Beendigung des Weltkrieges bevorstehenden großen Veränderungen werden die zerrissene Menschheit wohl zu der Selbstbestimmung bringen, die in einem gefügigeren Sichanschließen an den Willen der Weltgeschichte und dem Verlassen der Wege, die zu der Uneinigkeit und dem Kriege geführt haben, liegt. Auf dem Grunde des geschichtlichen Geschehens liegen größere Geheimnisse verborgen, als die Männer des Tages gewöhnlich ahnen. Dort finden wir die Ideen der Jahrhunderte und nicht die Einfälle des Tages. Dort ruht das Generationen hindurch weiterlebende Unsterblichkeitsbewußtsein der Völker, das sich weder durch Unglück noch durch Unterdrückung, weder durch sibirische Verbannungsorte noch durch politischen Untergang erstickt läßt.

Selten hat ein Mensch das erlangt, was er selbst am heißesten ersehnt hat. Selten ist auch ein Volk zu Aufgaben berufen worden, die ihm selber verlockend und vielversprechend erschienen. Anstatt dessen wurden ihm andere gestellt, die es niemals freiwillig übernommen haben würde und mit denen es sich erst befaßt hat, als die harte Notwendigkeit es dazu zwang. Unter Gustav Adolf kam es auf diese Weise zu Schwedens und Finnlands größter Leistung, gleichwie Deutschlands Sieg in dem jetzt vorsichgehenden Kriege eine europäische Soli-